

Antrag zur Resolution zur Unterstützung iranischer Studierender

Antragssteller: Erfan Zahiri, AStA TU Darmstadt

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Präsidium des Studierendenparlaments soll dem Universitätspräsidium und den dezentralen Prüfungskommissionen folgende Resolution zur Kenntnis geben:

"Mit starken Entsetzen beobachten wir als Studierendenschaft die menschenverachtenden Zustände bezüglich der Proteste im Iran. Die aktuelle Lage im Iran ist geprägt von anhaltender politischer Gewalt, Todesfällen, Massenverhaftungen sowie staatlich angeordneten Internet- und Kommunikationsabschaltungen. Durch diese Maßnahmen ist die Kommunikation mit Angehörigen im Iran über längere Zeiträume vollständig oder stark eingeschränkt. Das geht auch nicht an den iranischen Studierenden an der TU Darmstadt vorbei. Diese müssen täglich, ohne zuverlässige Kontaktmöglichkeiten, um das Leben ihrer Angehörigen und Freunde bangen.

Es ist auch nicht abzusehen, wann diese Zustände enden werden. Diese bestehen bisher schon über Wochen und Monate und wirken sich direkt auf Prüfungen, Abschlussarbeiten und den gesamten Studienverlauf aus. Die Belastung ist nicht selbstverschuldet und ohne Unterstützung nicht kompensierbar.

Kurzum ist ein geregeltes Studium unter solchen psychisch belastenden Umständen nicht möglich. Wir fordern als Studierendenschaft das Präsidium der TU Darmstadt auf die iranischen Studierenden mit allen Mitteln zu unterstützen. Insgesamt fordern wir das Präsidium dazu auf hin zu einer erhöhten Kulanz bei den dezentralen Prüfungskommissionen zu arbeiten. Konkret umfasst dies Folgendes:

Bezüglich Abschlussprüfungen fordern wir:

- 1) Anerkennung der Iran-Krise (inkl. Kommunikations-/Internet-Blackout) als „außergewöhnlicher Härtefall“.
- 2) Einheitlich handhabbare Fristverlängerungen für Master-/Abschlussarbeiten auf Antrag (mit standardisierter Begründungslogik).
- 3) Wo erforderlich: Fristaussetzung (Ruhens) für einen definierten Zeitraum, statt nur Verlängerung.

Bezüglich der Prüfungsflexibilität fordern wir:

- 1) Möglichkeit, Prüfungen in der Krise unbürokratisch zu verschieben
- 2) Möglichkeit zum Rücktritt ohne Anrechnung als Fehlversuch (insb. bei nachweisbarer außergewöhnlicher Belastung).
- 3) Spezielle Schutzmechanik für Dritt-/Letztversuche (z. B. zusätzliche Vorbereitungszeit, alternative Termine, Härtefallprüfung)

Bezüglich der Unterstützung bei Angelegenheiten der Ausländerbehörde fordern wir Folgendes:

- 1) Einführung einer standardisierten „Bescheinigung über außergewöhnliche studienerschwerende Umstände“ zur Vorlage bei der Ausländerbehörde.
- 2) Inhalt: Immatrikulation, Fachsemester, Regelstudienzeit, Einschätzung Studienverlauf, voraussichtliche Restdauer; zusätzlicher Vermerk, dass Verzögerungen krisenbedingt/nicht selbstverschuldet sind.
- 3) Prozess: Antragsweg über Studienbüro/Prüfungsamt + kurze Stellungnahme/Standardtextbaustein des International Office.

Bezüglich der Solidarität seitens der Universität fordern wir:

- 1) Offizielle Stellungnahme des Präsidiums zur Solidarität und zur Unterstützung der betroffenen Studierenden.
- 2) Moderiertes Gesprächsformat/Informationsveranstaltung mit International Office, Studienbüros, ggf. Studierendenwerk.
- 3) Optional: Solidaritätsveranstaltung (hochschulöffentlich) – ohne parteipolitische Positionierung, Fokus auf Studierendenwohl.

Die Solidarität mit unseren iranischen Kommiliton:innen ist alternativlos."

Des Weiteren fordern wir das Präsidium des Studierendenparlaments auf das Studierendenwerk über Folgende Resolution in Kenntnis zu setzen:

"Mit starken Entsetzen beobachten wir als Studierendenschaft die menschenverachtenden Zustände bezüglich der Proteste im Iran. Die aktuelle Lage im Iran ist geprägt von anhaltender politischer Gewalt, Todesfällen, Massenverhaftungen sowie staatlich angeordneten Internet- und Kommunikationsabschaltungen. Durch diese Maßnahmen ist die Kommunikation mit Angehörigen im Iran über längere Zeiträume vollständig oder stark eingeschränkt. Das geht auch nicht an den iranischen Studierenden an der TU Darmstadt vorbei. Diese müssen tagtäglich, ohne zuverlässige Kontaktmöglichkeiten, um das Leben ihrer Angehörigen und Freunde bangen.

Es ist auch nicht abzusehen, wann diese Zustände enden werden. Diese bestehen bisher schon über Wochen und Monate und wirken sich direkt auf Prüfungen, Abschlussarbeiten und den gesamten Studienverlauf aus. Die Belastung ist nicht selbstverschuldet und ohne Unterstützung nicht kompensierbar.

Kurzum ist ein geregeltes Studium unter solchen psychisch belastenden Umständen nicht möglich. Wir fordern als Studierendenschaft das Studierendenwerk auf die iranischen Studierenden mit allen Mitteln zu unterstützen. Konkret umfasst dies Folgendes:

- 1) Priorisierte Terminvergabe in psychologischer Beratung für akut betroffene Studierende.
- 2) Kurzfristige Gruppen-/Krisenangebote (deutsch/englisch) oder Vermittlung an externe Stellen.
- 3) Kommunikationskanal (z. B. zentraler Ansprechpartner) für schnelle Triage.

Die Solidarität mit unseren iranischen Kommiliton:innen ist alternativlos."

Begründung:

Erfolgt mündlich

Begründung der Eile:

Studierende sind akut von dem Ausnahmezustand betroffen. Eine Verzögerung auf eine Sitzung des Studierendenparlaments im Februar kann für manche Studierende zu spät sein um ihren Aufenthaltsstatus aufrecht zu erhalten oder um Einspruch bei Prüfungen einzulegen.